

dtv

Wir leben in einem revolutionären Zeitalter. Es finden gewaltige politische, wirtschaftliche, ideologische und kulturelle Umwälzungen statt. Wenn wir unsere Maßstäbe und Werte erhalten wollen, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen. Und wir müssen dafür sorgen, dass zentrale Kriterien für ein demokratisches Staatswesen erhalten bleiben. Der Staat muss seine Aufgaben erfüllen: für die Sicherheit der Bürger sorgen, damit sie ein Leben in Freiheit führen und sich dem »Streben nach Glück« widmen können, wie es schon die Erfinder der modernen Demokratie gefordert haben. Der Staat schafft sich jedoch selbst ab, wenn er die Sorge für ihre Sicherheit den Bürgern selbst überlässt. Das ist der Kern der Forderung, mehr Zivilcourage zu zeigen. Denn »angewandte Zivilcourage ist eine Variante der Selbstjustiz« und verlagert Konfliktlösungen vom Parlament auf die Straße. Auf dieser provozierenden These baut Michael Wolffsohn seine Streitschrift auf.

Michael Wolffsohn, Prof. Dr., geb. 1947 in Tel Aviv, stammt aus einer deutsch-jüdischen Familie, die 1939 nach Palästina fliehen musste. Seine Eltern kehrten 1954 nach Deutschland zurück. Von 1981 bis 2012 war er Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehruniversität München. Michael Wolffsohn veröffentlicht regelmäßig in nationalen und internationalen Medien und hat über 30 Bücher vorgelegt, unter anderem ›Wem gehört das Heilige Land?‹ (13. Aufl. 2015), zuletzt: ›Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf‹ (2. Aufl. 2015)

Michael Wolffsohn

Zivilcourage

Wie der Staat seine Bürger
im Stich lässt

dtv

**Ausführliche Informationen über
unsere Autoren und Bücher
www.dtv.de**

Von Michael Wolffsohn bei [dtv](http://www.dtv.de):
Zum Weltfrieden. Ein politischer Entwurf ([dtv](http://www.dtv.de) 26075)

Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.



Originalausgabe 2016

2. Auflage 2016

© 2016 dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, München

Das Werk wurde vermittelt durch die Literaturagentur

Dirk Rumberg, Ultreya GmbH

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlaggestaltung: dtv

Gesamtherstellung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-34885-0

Inhalt

I Tödliche Zivilcourage.	7
II Die fünffache Revolution in Europa	47
III Zivilität statt Zivilcourage.	83

I Tödliche Zivilcourage

Das Salz der Erde ist segensreich. An sich. Eine Überdosis Salz kann tödlich sein. Mit einem Küchenmesser kann man Feinstkost zubereiten – aber auch Menschen töten. Zivilcourage ist eine Tugend. Ohne Wenn und Aber. Leider kann Zivilcourage auch tödlich oder selbstmörderisch sein.

Der Aufruf von Politik, Polizei, Gesellschaft, Erziehern und medialen Volkspädagogen, man möge »Zivilcourage zeigen«, kommt letztlich einem Aufruf an die Bürger gleich, Leib und Leben zu riskieren. In bester Absicht treibt dabei »der« Staat, überspitzt ausgedrückt, seine Bürger in den Selbstmord.

Lang und länger wird die Opferliste der Zivilcourage. Im Jahre 2014 war es Tuğçe Alabayrak. Die junge, mutige deutschtürkische Studentin Tuğçe wollte jungen Frauen helfen, die von Männerpack belästigt wurden. Das Männerpack wurde dann zum Mordpack. Tuğçe war ihr Opfer.

Das Täter-Opfer-Klischee sah bis zur Silvesternacht in Köln so aus: Der (natürlich) rassistische Täter ist dumm, dumpf, teutonisch, nazistisch und auf jeden Fall »weißer«, inländischer Herkunft. Das Opfer oder dessen Vorfahren sind fremdstämmig, gegebenenfalls schwarz und meistens semitisch. Jüdisch-semitisch oder arabisch-semitisch, musli-

misch, aber keinesfalls deutsch. Heilige Einfalt. Richtiger: unheilige Einfalt.

Blicken wir ein paar Jahre zurück. Am 2. Oktober 2000 wurde ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt. Wie in Deutschland aus historischen Gründen nahelegend, richtete sich der Verdacht sofort auf deutsche Rechts-extremisten. Zwei Tage danach bekundete Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Betroffenheit nicht nur mit Worten. Er begab sich an den Tatort, wo er – Politiker müssen reden – dann aber doch das Wort als Waffe der Anständigen benutzte. Gegen jene Unanständigen, die Brandstifter der Synagoge (unausgesprochen: gegen diese altneuen deutschen Nazis) sei ein »Aufstand der Anständigen« nötig.

Es ist absolut lobenswert, in Wort und Tat gegen Nazis aufzutreten. Aber nicht alle Verbrechen dieser Art, auch nicht in Deutschland, werden von Nazis, alt oder neu, verübt. Damals waren die schnell gefassten und geständigen Täter Muslime. Der eine deutscher Staatsbürger marokkanischer Herkunft, der andere Palästinenser aus Jordanien. Beide wollten an deutschen Juden (fernab vom nahöstlichen Schuss) Rache für Israels Militäractionen üben. Ihre »Nazis« waren und sind Juden. Historisch absurd, aber politisch wirksam. Wie man weiß, nicht nur unter solchen Brandstiftern.

Als Gerhard Schröder zum »Aufstand der Anständigen« aufrief, kannte er den oder die Täter noch nicht. Dennoch benannte der gelehrte Jurist den wahrscheinlichen Täterkreis. Das war unklug, aber politisch opportun. Es war ein wahrscheinlicher Täterkreis, aber eben kein realer. Es war ein Klischee, das hier reproduziert wurde. Ein Klischee bestimmte im Februar 2013 auch das Denken des damaligen deutschen Botschafters in Israel, Andreas Michaelis. In sei-

nem Grußwort zu einem Kongress über die Geschichte der Juden in der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Tel Aviv stellte er den im August 2012 von Islamisten in Berlin verübten Anschlag auf Rabbiner Daniel Alter und seine siebenjährige Tochter in die Kontinuität nationalsozialistisch-deutscher Geschichte. »Nie wieder!« ... Dankbar registrierten die israelischen Zuhörer: Danke, Deutschland, dass Nazis verdammt und gejagt werden. Ja – aber auch diese Täter waren keine deutschen Nazis, sondern Islamisten. Sie bekämpften das neue, humane Deutschland und Juden gleichermaßen.

Anders als der Kanzler im Jahre 2000 wusste 2013 der Botschafter genau, wer die Täter waren. Aber sie passten nicht in sein Klischee, und politisch opportun(istisch) schien ihm selbstkritische Inbrunst angebracht. Ich hielt den Eröffnungsvortrag und hatte so die Gelegenheit, den politisch, aber leider nicht sachlich korrekten Botschafter korrigieren und mahnen zu können. Er stieg bald danach höher auf der Karriereleiter und wurde 2015 für seine Verdienste mit der Leitung der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes belohnt. Fehldiagnosen mögen nicht der Karriere schaden, wohl aber der Therapie. Mit falschen Diagnosen kann man keine erfolgreiche Therapie einleiten. Das gilt nicht nur für Juden und in Deutschland. Wer Klischees für Diagnose hält, wird gesellschaftliche und politische Krankheiten nicht heilen, weil ein Klischee und als Klischee ist jedes Klischee falsch. Nie gibt es die Wirklichkeit wieder, es spiegelt eine falsche vor. Und doch hat fast jedes Klischee, auch dieses, seinen Ursprung in der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit dieses Klischees ist der revolutionäre, also die Wirklichkeit fundamental verändernde Übergang von der einst vergleichsweise einheitlich nationalstaatlichen Gesellschaft zum Vielvölker-

staat. Wir können deshalb das Thema »Zivilcourage in Gegenwart und Zukunft« nicht von der demografischen (bevölkerungspolitischen) Revolution trennen.

Das Klischee traf weder im Falle Tuğçe Alabayrak noch Dominik Brunner zu. Dominik Brunner hatte im September 2009 auf dem S-Bahnhof des Münchner Nobelviertels Solln vier Schüler vor anderen Jugendlichen schützen wollen. Die Angreifer wandten sich schließlich ihm zu. Er wurde ermordet. Die Totschläger des Dominik Brunner waren blutjunge »Weiße« (ein Markus und ein Sebastian, kein Hassan oder Achmed), die Deutschtürkin Tuğçe wurde von Jugendlichen ausländischer Herkunft getötet. Der gebürtige Ghanaer Kofi A. wollte in Berlin eine Mutter und ihre Tochter vor böllernden jungen Männern beschützen. Daraufhin traten ihn zwei junge Männer namens Oliver und Marcel nieder. Jetzt geht er an Krücken. Das war der »Lohn« für seine Zivilcourage.

Woraus wir lernen: Brutalität, Aggressivität, Dummheit und Vorurteile gibt es leider überall und immer, in jeder Gruppe. Es gibt daher weder »die« guten noch »die« schlechten Deutschen, Ausländer, Weißen, Schwarzen, Gelben, Christen, Juden, Muslime. Es gibt nur den oder die Einzel-Guten oder -Schlechten.

Dies festzuhalten ist wichtig, denn unausgesprochen schwingt beim Appell an Zivilcourage immer mit, dass die Aggressoren »weiße« Inländer sind. Das ist oft, aber eben nicht immer der Fall. Ebenso wie es richtig ist, dass derzeit die meisten Terroristen Muslime, aber gewiss nicht alle Muslime Terroristen sind. Die Pauschalisierung von Tätern und Opfern ist falsch, dumm und, am schlimmsten, gesellschaftspolitisch schädlich, weil jedes scheinbar beweisende Beispiel für gute oder schlechte Gesinnung mühelos durch ein Ge-

genbeispiel entkräftet werden kann. Pauschalisierer machen sich unglaublich. Sie sind unglaublich.

Unverdrossen ermuntert in Bayerns gewiss braver Hauptstadt München der Polizeipsychologe die Bürger, »Zivilcourage« zu zeigen. Landauf, landab dominieren diese schein-klugen Empfehlungen. »Tipps für mehr Zivilcourage« bietet jedes Blatt oder jeder Blog an, der etwas auf sich hält. Die Zivilcourage-Industrie boomt, »Kurse und Workshops für mehr Zivilcourage« haben Konjunktur.

Keiner wird behaupten wollen, Dominik Brunner habe sich 2009 geopfert, weil er Gerhard Schröders Aufruf zum Aufstand der Anständigen aus dem Jahre 2000 befolgen und verwirklichen wollte. Er hatte aber den Geist jenes Aufrufs verstanden, verinnerlicht und umgesetzt. Bis zur letzten Konsequenz, an die der Wortschöpfer und Staatslenker offenbar nie gedacht hatte. Wenn man auf diese Weise zum Aufstand anfeuert, befeuert man, zu Ende gedacht, Bürgerkrieg. Jeder kann zu den Waffen greifen. Staatliches Gewaltmonopol? Das war einmal. Wohl gemerkt, zu Ende gedacht. Ganz so weit sind wir trotz der Kanzler-Schröder-Torheit nicht.

Nach seinem Tod erhielt der ermordete Schutzengel Dominik Brunner zahlreiche Auszeichnungen für seine Zivilcourage. Gleiches erwartete – nach ihrem Tod – Tuğçe Alabayrak.

Der Deutsch-Türke Yavuz Yer ist diplomierter Volkswirt, Sohn von (damals nannte man sie so) »Gastarbeitern« aus Anatolien. Er wohnt und arbeitet an einem der sozialen Brennpunkte Berlins: im Wedding. 2007 machte er seine eigenen Erfahrungen mit dem Thema Zivilcourage. Eines Tages stieß er, als er aus der Küche seines Büros kam, auf einen Mann offensichtlich arabischer Herkunft. Als er ihn

fragte, was er da wolle, verließ der Mann fluchtartig den Raum. Im Nebenzimmer war aber noch jemand. Was der andere dort wollte, war Yer gleich klar. Dort war der Tresor. Yer stürmte in den Raum, warf den Einbrecher nieder, drückte ihm das Knie in den Rücken und rief die Polizei. Als die Polizisten kamen, übergab er ihnen den Mann und wollte Anzeige erstatten. Die Anzeige wurde nicht aufgenommen, denn es war ja nichts geraubt worden. Stattdessen fragten die Polizisten den Einbrecher, ob er nicht gegen Yer Anzeige wegen Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung erstatten wolle. Sie berieten ihn ausdrücklich, denn er hatte offensichtlich keine Ahnung, was Amtsanmaßung ist. Zwei Wochen später bekam Yer eine Anzeige. Sie wurde in Moabit verhandelt. Der Richter war einsichtig, teilte aber mit, er müsse aus formalen Gründen eine Strafe wegen Amtsanmaßung verhängen. Man einigte sich auf eine Spende von € 800 für wohltätige Zwecke. Zur »Belohnung« galt Yer dann nicht als vorbestraft. Seitdem klärt er vergleichbare Situationen ohne Polizei. Auch Yavuz Yer hatte die Aufforderung von höchster staatlicher Stelle ernst genommen. Er wagte keinen »Aufstand«, aber er zeigte Zivilcourage – und brach auf diese Weise das Gewaltmonopol des Staates. Dafür wurde er bestraft. Bei diesem Fall hat niemand körperlich Schaden genommen, aber er enthält dennoch eine wichtige, weil grundsätzliche Lektion: Wenn der Staat seine Bürger zur Zivilcourage aufruft, will er sie zu moralisch überzeugendem Handeln verleiten. Ein solches moralisch überzeugendes Handeln kann jedoch – absurdes Theater – zum Bruch staatlicher Gesetze und damit zu einer Bestrafung führen. Der Staat gibt faktisch sein Gewaltmonopol preis. Er erlaubt eine Atomisierung der Gewalt, in der letztlich jeder gegen jeden kämpft. Gleichzeitig beharrt er formal

auf seinem Gewaltmonopol und bestraft couragierte Bürger, die das ausführten, was der Staat nicht konnte. Verkehrte Welt.

Ich bewundere und verehere Menschen wie Dominik Brunner, Tuğçe Alabayrak oder Yavuz Yer. Sie sind Helden der Menschlichkeit. Ich wage und belege aber eine ketzerische These: Diese Helden der Menschlichkeit sind nicht nur Opfer von Unmenschlichen, sondern auch von wohlmeinenden Gutmenschen, die immer wieder von den Bürgern Zivilcourage fordern und sie – ungewollt, versteht sich – in Gefahr bringen oder quasi in den Selbstmord treiben.

Wachsamkeit, Hilfsbereitschaft, Hilferufe – ja und ja und ja. Zivilcourage als »Aufstand« durch wen auch immer – nein, weil lebensgefährlich. Nehmt nicht dem Kaiser ab, was des Kaisers ist, sondern verpflichtet den Staat zu dem, was des Staates ist: der Schutz seiner Bürger nach innen und außen.

Ja, es gibt auch Gegenbeispiele, die glücklich ausgingen. Scheinbar widerlegen sie meine These. Im August 2015 plante der marokkanische Islamist (Stichwort »Vielvölkerstaaten in Europa«) Ayoub El Khazani im Thalys-Schnellzug zwischen Paris und Amsterdam ein Blutbad unter den Fahrgästen. Sechs von ihnen stürzten sich beherzt auf den (nachher Terrorabsichten bestreitenden) jungen Mann und überwältigten ihn. Flugs wurden die zivilcouragierten Retter ideell belohnt. Frankreichs Präsident Hollande verlieh ihnen die höchste Auszeichnung der Republik. Sie wurden Ritter der Ehrenlegion. Wortreich pries das Staatsoberhaupt ihre

wirklich heldenhafte Tat und ihre vorbildliche Zivilcourage. »Unglücklich das Land, das Helden nötig hat«. Wir kennen diesen klassischen Satz aus Bert Brechts ›Leben des Galilei«. Der »Sozialist« Hollande hat ihn offensichtlich vergessen oder nicht gekannt. Ja, bedauerndswert ist ein Staat, der Helden braucht, um staatliche Aufgaben zu erfüllen, die er nicht leisten kann oder will.

Die passende präsidiale Hymne Hollandes konnte nämlich nicht die bedenkliche Tatsache überzuckern, dass Fahrgäste, ebenso wie Bürger, Schutz durch den Staat suchen und stattdessen nur staatsmännische Worte bekommen. Hier wurden Bürger – übrigens drei Amerikaner, zwei von ihnen Soldaten, und ein Brite – aktiv, wo eigentlich der Staat als Staat an sich gefordert ist: beim Schutz der Bürger nach innen und außen.

Genauer betrachtet war dieses Vorbild für Zivilcourage weder rein zivil noch ein wirkliches Vorbild für Zivilisten. Kampfentscheidend gegen den Islamisten waren die beiden US-Soldaten. Als Soldaten und weil sie Soldaten waren, zumal ausländische, demonstrierten diese wirklich mutigen und vorbildlich uneigennützig handelnden Amerikaner die Machtlosigkeit der eigentlich Zuständigen, also der französischen Sicherheitspersonen und -institutionen. Diese Courage war Militärcourage, nicht Zivilcourage. Welche und wie viele Zivilisten haben die Kraft, Ausbildung und Jugendlichkeit dieser tapferen Männer? Schwächere und ältere Zivilisten werden diesem VORbild beim besten Willen nicht NACHEifern können.

Unverzüglich begann eine internationale Diskussion darüber, wie nicht nur Flugzeuge und Flughäfen gegen Terroristen zu schützen seien, sondern auch Züge und Bahnhöfe. Wie üblich forderten die einen mehr Staat für Sicherheit

bzw. mehr Sicherheit durch den Staat, während die anderen genau wussten, dass dies unerreichbar sei. Ausnahmsweise waren kaum Stimmen zu vernehmen, die vor einem »Poli-zeistaat« in Frankreich oder sonst wo in Westeuropa warn-ten.

Ein anderes, diesmal außereuropäisches Gegenbeispiel: Am 3. September 2015 hatten sich fünf US-Juden im palästinensischen Hebron verfahren. Sie wollten am »Grab der Stammväter Abraham, Isaak und Jakob« beten und gelangten in einen von besonders vielen Extremisten bewohnten Bezirk jener ohnehin eher extremistischen Stadt. Mit ihren Schläfenlocken und Bärten waren sie unschwer als Juden erkennbar. Ein Mob von etwa einhundert palästinensischen Jugendlichen fiel über sie her und wollte sie lynchen. Von seiner Wohnung sah das der 53-jährige Fayez Abu Ham-diyeh. Ohne selbst in den Kampf einzugreifen, lotste er die fünf Juden in seine Wohnung und rief von dort die Poli-zei. Die Juden waren gerettet. Ihr Retter war Palästinenser. Er hatte schnell reagiert, die israelische Polizei aber ließ 45 Minuten auf sich warten. Ein Zivilist aus dem »Feindes«-lager hatte Courage gezeigt, keinen Aufstand gewagt, aber Menschlichkeit durch Hilfsbereitschaft.

Blutig, mehrfach tödlich, endete im Oktober 2015 der Überfall eines israelischen Beduinen auf dem Busbahnhof der israelischen Wüstenstadt Beer Schewa. Er entriss einem Soldaten das Gewehr und feuerte wild um sich. Der 19-jäh-rige Soldat wurde getötet und neun Zivilisten wurden zum Teil schwer verletzt. Den Terroristen erschossen bewaffnete Bürger. Angeschossen am Boden lag auch ein Gastarbeiter aus Eritrea. Ihn hielten die Umherstehenden, darunter zwei Justiz(!)vollzugsangestellte, für einen Komplizen des Terro-risten. Ihrer späteren Aussage zufolge hatte sich der Nie-

dergeschossene, obwohl verletzt, verdächtig offensiv bewegt. Sie hätten sich an Präzedenzfälle erinnert, bei denen Palästinenser-Terroristen, obwohl angeschossen und scheinbar wehrlos, jüdische Passanten erschossen hätten. Vergleichbares hätten sie verhindern, nicht jedoch Selbstjustiz üben wollen. Der illegal in Israel lebende Eritreer war Opfer eines Lynchmords. Daran besteht kein Zweifel. Doch war dieser Lynchmord wirklich brutale jüdische Selbstjustiz oder ein Akt jüdischer Selbstverteidigung bzw. jüdischer Bürgermut, also Zivilcourage? Hinterher weiß man, dass es objektiv, rechtlich gesehen, Selbstjustiz war. War das nun Ersichtliche aber auch wirklich vorhersehbar? Nein. Subjektiv mag die Bürgerjustiz tatsächlich Bürgermut gewesen sein.

So oder so: Der Mann aus Eritrea wurde von denen ermordet, die sich für anständig hielten und meinten, Zivilcourage zu zeigen. Tatsächlich wurden sie Mörder oder (was gilt hier juristisch?) Totschläger. Wäre der Eritreer wirklich ein Terrorist gewesen, hätten dann fast alle von Zivilcourage gesprochen und dieses Vorgehen als präventive Notwehr interpretiert – auch die Vertreter des (in diesem Falle) israelischen Staates, der seine Bürger ständig zu Wachsamkeit und gegebenenfalls Notwehr aufruft? Nun mussten sie eben diese Bürger vor Gericht stellen. Unverzüglich wurde ein Israeli angeklagt und verlor seine Arbeit. Diese Begebenheit macht die ethische und praktische Mehrbödigkeit von Zivilcourage, Justiz und Selbstjustiz deutlich.

Wie so oft, gilt es einzuschränken: Selbst wenn jener Eritreer Terrorist gewesen wäre, hätte es keinerlei Rechtfertigung dafür gegeben, einen am Boden Liegenden zu lynchen. Lynchen kann nie Zivilcourage sein. Gewiss. Und wieder ein Aber: Angewandte Zivilcourage ist eine Variante der

Selbstjustiz. Sie kann zur Gewaltanwendung führen. Jede Gewaltanwendung kann allerdings ihre Eigendynamik entfesseln und in mörderische Gewalt umschlagen. Siehe Beer Schewa, Oktober 2015. Wie sagte doch schon Schiller? »Wo rohe Kräfte sinnlos walten,/Da kann sich kein Gebild gestalten,/Wenn sich die Völker selbst befreien,/Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn.« Sogar der israelische Staat, der extrem sicherheitsfixiert und -bezogen ist, war in diesem Fall überfordert. Sicherheit ist aber gefordert. Nicht »Staatsicherheit« als Sicherheit des Staates vor dem Bürger, sondern Sicherheit der Bürger durch den Staat, konkret durch die Polizei und andere Sicherheitsbehörden, also Staatsmacht. Doch Staatsmacht ist gerade in Deutschland eher verpönt. Aus gutem und bekanntem Grund. Staatsmacht war in Deutschland lange übermächtig, im Westen bis 1945, im Osten bis 1989. Das lag nicht nur an den braunen und dann roten Henkern, sondern auch an manchen deutschen Denkern im 19. und 20. Jahrhundert. Sie erhöhten, sie überhöhten den Staat zum Götzen, und der Bürger war eben nicht Citoyen, im Sinne eines einsatzfreudigen Mitentscheiders und Mitgestalters, sondern »Der Untertan«, auch ohne Heinrich Manns Roman-Karikatur.

Ein neues Deutschland konnte, wollte und sollte den Staat ganz bewusst eben nicht wieder zum Götzen erheben. Folgerichtig ist staatliche Sicherheit, Staatsicherheit, ist auch die Polizei nicht mehr »dein Freund und Helfer«, sondern »Bulle«. Sie ist auch deshalb »Bulle«, also Feind, weil das freundschaftlich helfende Polizei-Bild zwar in der Weimarer Republik eingeführt, doch erst im Dritten Reich richtig publik wurde. Da war die Polizei weder Freund noch Helfer, sondern Henkershelfer. Sie fasste Gemüsediebe und ließ die Massenmörder gewähren. Quantitativ war das in der

DDR anders, doch qualitativ, funktional nicht. Sicherheit war und blieb zuerst und vor allem Staatssicherheit. Sie bot den willfähigen Bürgern freilich Sicherheit, weil Gewalt knallhartes Staatsmonopol war.

Darauf aus braun-rotem Doppelgrund zu verzichten, ist Teil der deutschen Staatsräson. Der Staat an sich hat, seine Institutionen und Personen haben ihre Autorität verloren. Eine irgendwie geartete Distanz zur Polizei gehört in Bundesdeutschland zum guten Ton.

Rechtsextremisten nutzen das entstandene Machtvakuum vornehmlich im deutschen Osten für rechtsfreie, »national befreite« Zonen, Linksextremisten und Chaoten haben ihre rechtsfreien Räume. Die Polizei rufen weder die einen noch die anderen freiwillig. Mit vereinten Kräften schwächt diese Koalition der Gegensätze den Staat als Staat. Nicht nur die staatlichen Institutionen und Personen, auch Wissenschaft, Medien, sogar die religiösen Institutionen und Personen. Darunter leidet auch die Sicherheit der Bürger vor den Bürgern – nicht mehr vor dem Staat, denn der ist zahm. Zu zahm, um Sicherheit für Leib und Leben seiner Bürger zu gewährleisten.

Weil der Bürger nicht mehr an die Autorität des Staates glaubt, ihm nicht mehr vertraut, will er ihm so wenig Macht wie nur irgend möglich und nötig anvertrauen. Wer will dann noch für eine staatliche Sicherheitsinstitution wie Polizei oder Geheimdienst arbeiten? Die Wenigsten und nicht immer die Besten, zumal diese aus einer nur kleinen Zahl von Menschen rekrutiert werden, die überhaupt dazu bereit sind. Wie soll der Staat unter diesen Umständen Sicherheit garantieren?

Zivilcourage ist etwas Vortreffliches. Sie reicht aber nicht, um diese Lücke zu füllen. Irgendwann greifen die Bürger zur

Waffe, wenn der Staat keine oder nur unzureichende Sicherheit gewährt oder gewähren soll, wie das in den USA schon immer Tradition ist. Dort war der Staat nie Götze, sondern Dienstleister und dabei keineswegs allmächtig. Er sollte es auch nicht sein. So wollten es die Gründungsväter. Sie haben es zeitlos und klug begründet, besonders in den Federalist Papers. Jedes Autokennzeichen des Bundestaates New Hampshire trägt den Slogan: »Live free or die.« Das ist die volkstümliche Variante dieser Weisheit: »Lebe frei (vom Staat) oder stirb.« Dann aber kümmert sich auch nicht der Staat um die Sicherheit des Bürgers vor dem Bürger. Sicherheit ist hier in letzter Konsequenz Bürgeraufgabe, nicht Staatsaufgabe, oder nur teilweise. Der freie Zugang freier Bürger zum Gewehr, zur Waffe, ist Folge dieses Staats- und Bürgerverständnisses. Man muss es nicht mögen (auch ich nicht), aber verstehen muss man die jeweiligen Denk- und Fühl-Voraussetzungen über Bürger- und Staatssicherheit.

Wir werfen noch einen Blick auf Israel. Die dortige Gewalt (meist von Terroristen ausgeübt, nicht »nur« von versehentlichen oder nicht versehentlichen Totschlägern), wenn sie im Sinne der Täter erfolgreich ist, zeigt: Auch in Israel kann der Staat seine Bürger nicht absolut schützen. Also ruft der Staat als Staat seine Bürger nicht zu Zivilcourage auf, wohl aber zu Wachsamkeit und gegebenenfalls aktiver Wehrhaftigkeit. Mehrmals haben israelische Bürger Terrorakte verhindert, erschwert oder auch beendet. Wie? Manche sind legal (!) bewaffnet, denn dort herrscht Krieg, alle passen auf und rufen die Sicherheitskräfte. Diese wiederum findet man leichter und an viel mehr Orten als in Deutschland und Westeuropa. Warum? Weil der Staat als solcher seine Pflicht

zur Sicherung der Bürger so ernst nimmt, dass er von den Bürgern dafür zumindest finanzielle Opfer verlangt. Sicherheit kostet die Bürger Geld. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle und reduziert das Wohleben. Aber strukturell trägt es zur besseren Sicherung des Überlebens bei. Zudem ist in Israel aufgrund der relativen Allgemeinheit der Wehrpflicht sowie des militärischen Reservedienstes ein Großteil der jüdischen Bürger Teil staatlicher Wehrhaftigkeit.

Das ist die eine Seite. Die andere haben wir schon am Beispiel des in Beer Schewa im Oktober 2015 erst niedergeschossenen, dann ermordeten Eritreers kennengelernt. Wenige Wochen danach hielt ein jüdischer Bürger Israels einen auf frischer Tat, auf offener Straße ertappten Räuber für einen palästinensischen Terroristen – und knallte ihn mir nichts, dir nichts ab. Kann das, soll das Sicherheit sein? Dem US-republikanischen Präsidentschaftskandidaten und »Geistesgiganten« Donald Trump gefiele wohl diese Art von Sicherheit. Nach der Pariser Großterrorserie vom 13. November 2015 behauptete er allen Ernstes, »das« wäre nicht geschehen, dürften sich die Bürger Frankreichs selbst bewaffnen. Wie hätte es am 22. März 2016 in Brüssel, auf dem Flughafen sowie in der Metro, ausgesehen?

Am 21. Januar 2015 kämpfte ein 14-jähriger Gymnasiast in einem Tel-Aviver Bus mit einem Palästinenser, der wahllos Fahrgäste mit einem Küchenmesser niederstach. Der Junge riskierte sein Leben und hielt den Terroristen auf. Dieser floh. Der Junge ihm nach. Ein bewaffneter Passant (von Beruf Gefängniswärter) verfolgte das Drama, schoss den Täter in die Beine und legte ihm Handschellen an. Die Polizei kam unverzüglich. Der Schrecken war beendet. Acht Schwerverletzte waren allerdings zu beklagen. Der mutige Jungbürger wurde nur leicht verletzt. Er hatte zweifellos Zi-